

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mt.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Vierthausen)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf.
Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 10.

Berlin, Mittwoch, 3. Februar 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Schwarze Listen. — Der Arbeitsmarkt im Jahre 1908.
— „Welbe“ in Württemberg. — Allgemeine Rundschau. —
Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. —
Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Schwarze Listen.

Wer in den letzten Wochen die Parlamentsverhandlungen verfolgt hat, der muß den Eindruck gewinnen, daß der Arbeiterfrage im allgemeinen und der Sozialpolitik im besonderen namentlich im Reichstage ein weiterer Spielraum eingeräumt wird als in den Parlamenten anderer Länder. Was sind nicht alles für schöne Reden gehalten worden! Die politischen Parteien suchen sich einander an Arbeiterfreundlichkeit den Rang abzulaufen, und wenn man die leitenden Staatsmänner hört, so ist ihr ganzes Streben darauf gerichtet, den Arbeitern den Himmel auf Erden zu schaffen. Leider entsprechen den schönen Reden nicht die Taten. Bleibt man nämlich das positive Ergebnis aus den Verhandlungen heraus, so ist daselbe überaus dürftig.

Vor einiger Zeit beschäftigten wir uns an dieser Stelle mit einem sozialdemokratischen Antrag, der die Ausnahmebestimmungen für die ausländischen Arbeiter beseitigen, ihnen das Koalitionsrecht verleihen und einen wirksameren Schutz gewährleisten will. Die Debatte über diesen Antrag war seinerzeit verlagert worden und wurde am letzten Donnerstag fortgesetzt. Wesentlich neue Momente wurden dabei nicht zutage gefördert. Bemerkenswert war nur eine Rede, die der freisinnige Abg. Fegter, ein ostfriesischer Landwirt, hielt, der den Agrariern auf Grund seiner praktischen Erfahrungen manche bittere Bille zu schlucken gab, der mit Entschiedenheit für die Verleihung des Koalitionsrechts an die Landarbeiter eintrat und den organisierten Arbeitern entschieden den Vorzug vor den unorganisierten Arbeitern gab. Wenn das Verhältnis zwischen Landarbeitern und Gutsherrn vielfach nicht das beste sei, so trage daran in erster Linie die verheerende Tätigkeit des Bundes der Landwirte die Schuld. Schließlich wurde die Debatte abermals auf 14 Tage verlagert. Dann soll auf Antrag der Agrarier namentlich über den Antrag abgestimmt werden. Wir sind wirklich gespannt, was dabei herauskommen wird.

Am Freitag stand dann eine Interpellation des Zentrums auf der Tagesordnung, welche die schwarzen Listen vom Gegenstand hat und den Reichskanzler um Verantwortung der Frage ersucht, was er gegen solche, die Freiheit des Arbeitsvertrages oder die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit hindernenden Maßnahmen zu tun gedenke. Der Abg. Giesberts, der die Interpellation begründete, wies darauf hin, daß auf die schwarzen Listen nicht allein solche Arbeiter gesetzt werden, die einen Kontraktbruch sich haben zuschulden kommen lassen, sondern auch solche, die sich irgendwie mißlieblich über die Betriebsleitung geäußert haben. Selbst die Zugehörigkeit zur Organisation hat man vielfach zum Anlaß genommen, Arbeiter auf die schwarze Liste zu setzen. Ein reichhaltiges Beweismaterial unterstützte diese Behauptungen. Den Kontraktbruch als solchen billigt Giesberts nicht; mit Recht aber wies er darauf hin, daß dieser Kontraktbruch der Arbeiter häufig veranlaßt würde durch die Arbeitgeber selbst, welche die den Arbeitern gemachten Versprechungen oft nicht halten,

ihnen jedes Mitbestimmungsrecht am Arbeitsvertrage verweigern und ihnen die Kündigung nur an einem bestimmten Tage gestatten. Die Rede klang aus in die Forderung, daß der § 153 der Gewerbeordnung einer Aenderung unterworfen werden müßte.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg beantwortete die Interpellation. Man merkte es ihm an, wie peinlich die Situation selbst diesem gewandten Redner war. Er wollte weder die Unternehmer noch die Arbeiter verlesen, gab bald dieser Seite, bald jener Seite recht und erreichte dadurch nur, daß er nach keiner Richtung hin befriedigte. Von einem gesetzlichen Vorgehen will der Staatssekretär nichts wissen. Er hält den § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches und die möglichst breite Anwendung des Begriffs der guten Sitten für völlig ausreichend, um ungeredeten Schädigungen entgegenzutreten. Die schwarzen Listen selbst verurteilt Herr v. Bethmann-Hollweg, wenigstens in der Form, wie sie angewandt werden. Daß man den Namen der Arbeiter einfach auf die Liste setzt, ohne daß die Arbeiter selbst etwas davon wissen und Gelegenheit haben, sich von dem Vorwurf zu rechtfertigen, den man ihnen macht, das billigt der Staatssekretär nicht. Er wünscht, daß die schwarzen Listen wenigstens veröffentlicht werden. Das war alles.

Seinen Standpunkt vertrat in wesentlichen die Redner der nationalliberalen und konservativen Parteien. Scharf dagegen aber wandte sich der sozialdemokratische Abg. Sachs, der an einer Reihe von Einzelfällen zeigte, wie brutal und rücksichtslos vielfach die Unternehmer bei der Aufstellung der schwarzen Listen vorgehen. Hier war ein Arbeiter auf die Liste gesetzt worden, weil er wegen Krankheit mehrere Schichten versäumen mußte und es sich nicht gefallen lassen wollte, daß man ihm dafür mehrere Strafschichten vom Lohne abzog. Dort hatte man einen Arbeiter auf die schwarze Liste gesetzt, weil er sich geweigert hatte, in einem Schacht zu arbeiten, in welchem das Wasser so stark rauschte, daß die Arbeiter sich nicht miteinander verständigen konnten. Eine andere schwarze Liste wies eine Gruppe von Arbeitern auf, denen man lediglich wegen ihrer Organisationszugehörigkeit die Beschäftigung verweigert. Einem Arbeiter machte man zum Vorwurf, daß er Mißstände im Bergwerk getadelt, und einem anderen, daß er Handzettel verteilt hatte. Die Ausführungen des Staatssekretärs befriedigten diesen Redner naturgemäß nicht. Er verlangte dringend gesetzgeberische Maßnahmen, damit der wirtschaftliche Kampf in anständiger Form geführt werde.

Nach diesem Redner kam nur noch ein Konservativer zum Wort, der das System der schwarzen Listen zu rechtfertigen suchte und die Schuld dafür der systematischen Verheerung der Bergarbeiter durch die Sozialdemokratie zuschob. Es wäre interessant gewesen zu erfahren, wie sich die anderen Parteien zu dieser Frage stellen. Leider war das nicht möglich. Die Debatte wurde verlagert; sie sollte am Sonnabend fortgesetzt werden, aber das Haus war an diesem Tage nicht beschlußfähig, so daß die Sitzung vorzeitig geschlossen wurde. Damit ist die Fortsetzung der Diskussion auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben. Ja man darf wohl sagen, daß die Sache damit vorläufig ihre Erledigung gefunden hat. Ein positives Resultat ist nicht erzielt worden, und wenn wir am Eingang unserer Ausführungen den Gedanken

zum Ausdruck brachten, daß die positiven Leistungen des Reichstags in einem argen Mißverhältnis stehen zu den schönen Reden, die im Reichstage gehalten werden, so hat diese Behauptung gerade durch die Behandlung dieser Interpellation über die schwarzen Listen eine neue Stütze gefunden.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1908.

Der Arbeitsmarkt wies im Jahre 1908 eine erheblich ungünstigere Gestaltung auf als im Vorjahre. Dies geht zunächst deutlich aus den allmonatlich im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichten Zahlen und Angaben der Arbeitsnachweise hervor. Auf daselbe Ergebnis deuten die gleichfalls allmonatlich hier veröffentlichten Nachweisungen der Krankenkassen über die Zahl der versicherten Mitglieder hin. Endlich weisen auch die von den Arbeiterorganisationen veröffentlichten Angaben über die Arbeitslosigkeit durchweg höhere Arbeitslosenziffern auf als in den beiden Vorjahren.

Für eine ins einzelne gehende Betrachtung bieten jedoch die drei erwähnten Statistiken nicht genügende Grundlagen. Es sind daher in einer Zusammenstellung des „Reichsarbeitsblatt“ zur Kennzeichnung des Arbeitsmarktes in einzelnen Industrien während des Jahres 1908 die Situationsberichte benützt worden, welche von maßgebenden Firmen eingeleitet sind. Die Berichte der Krankenkassen, insbesondere der Betriebskrankenkassen, sowie die Arbeitslosenziffern der Berufsvereine sind dabei zur Ergänzung herangezogen worden. Das Ergebnis, das sich dabei herausstellte, ist folgendes:

Von den Großindustrien wies der Kohlenbergbau erst im letzten Teile des Jahres eine merkliche Abschwächung auf. So wird für den Ruhrkohlenbergbau erst vom Monate September ab eine merkliche Abschwächung berichtet. Die oberirdischen Gruben waren hingegen bis Ende des Jahres gut beschäftigt. Diese Tatsachen hatten auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes den Einfluß, daß im Ruhrgebiete der Arbeitermangel, der in der ersten Hälfte des Jahres noch teilweise zu verzeichnen war, später aufhörte, jedoch kein Ueberangebot an Arbeitern an seine Stelle trat. In Oberschlesien herrschte hingegen bis zum Schlusse des Jahres Arbeitermangel.

Der Geschäftsgang in der Eisenindustrie war hingegen erheblich ungünstiger. So stockte insbesondere in der Roheisenerzeugung der Verkauf andauernd, die Vorräte wurden immer größer. Ueber die tatsächlich erzeugte Menge Roheisen seien, da die amtlichen Zahlen noch nicht vorliegen, nach den Erhebungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller folgende Angaben mitgeteilt: In der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1908 wurden 11 813 311 Tonnen Roheisen erzeugt gegenüber 13 045 760 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1907. Im Zusammenhange mit dieser ungünstigen Wirtschaftslage trat besonders in der Roheisenindustrie Nordwestdeutschlands ein Ueberangebot an Arbeitskräften in die Erscheinung. Nicht ganz so unbefriedigend aber doch erheblich ungünstiger als im Vorjahre, war die Lage in den Stahl- und Walzwerken. So betrug der Bestand des Stahlwerkverbandes an einer bestimmten Art von Produkten vom 1. Januar bis 30. November 1908: 4 405 901 t gegenüber 5 224 594 t in derselben Zeit des Vorjahres. Der in dem Vorjahre in den Stahl- und Walzwerken herrschende andauernde Arbeitermangel verstand im Laufe des Jahres völlig.

Der Geschäftsgang in den Eisengießereien war besonders in der ersten Hälfte des

Jahres in Süddeutschland besser als in Norddeutschland, gegen Ende des Jahres aber auch hier unbefriedigend. Fast allgemein boten sich daher Arbeitskräfte im Ueberfluß an.

Der Maschinenbau war bis in die letzten Monate des Jahres noch ziemlich gut, wenn auch nicht in demselben Umfang, wie im Vorjahre beschäftigt. Dasselbe gilt in noch höheren Grade für den Lokomotivbau und den Eisenbahnwagenbau. Jedoch boten sich auch in diesen Industriezweigen besonders gegen Ende des Jahres mehr Arbeitskräfte als nötig an. Auch die Arbeitslosenziffern sind für die einzelnen Monate des Jahres 1908 durchweg erheblich höher als im Jahre 1907.

Die elektrische Industrie wies in ihrem Geschäftsgange während des Jahres 1908 nach den an das Amt eingesandten Berichten wenig Änderungen auf; die Lage war im wesentlichen zufriedenstellend. Darauf deuten auch die Nachweisungen der hierher gehörenden Betriebskronenfällen hin; die Mitgliederziffern der 14 Klassen mit durchschnittlich über 36 000 Mitgliedern verhielten sich nur unbedeutend von Monat zu Monat, auf keinen Fall war ein ausgesprochener Rückgang zu bemerken. Hingegen waren die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in der elektrischen Industrie besonders in den Großstädten sehr ungünstig; hier herrschte fast das ganze Jahr hindurch ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften, das allerdings teilweise durch die geringe Arbeitsgelegenheit in anderen großstädtischen Industriezweigen hervorgerufen sein mag.

Die verschiedenen Zweige in der Textilindustrie waren besonders in der zweiten Hälfte des Jahres unbefriedigend beschäftigt. In der ersten Hälfte lagen noch zahlreiche Abchlüsse mit den Kunden vor, die den Geschäftsgang aufrecht erhielten. Besonders an männlichen, aber auch an weiblichen Arbeitskräften war daher im zweiten Halbjahre fast in allen Bezirken ein großer Ueberfluß vorhanden; die tatsächlich Beschäftigten arbeiteten beinahe durchweg nicht mit voller Arbeitszeit.

Die chemische Industrie hatte in der ersten Hälfte des Jahres noch ziemlich gut zu tun; dann zeigte sich besonders im letzten Vierteljahr auch hier ein Rückschlag. Das Arbeiterangebot war vor allem wiederum in den Großstädten bei weitem höher als die Nachfrage.

Recht ungünstig war während des ganzen Jahres die Lage im Baugewerbe; auch zur eigentlichen Bauzeit wurde die Arbeit erheblich eingeschränkt. Der schlechte Geschäftsgang war von sehr ungünstigem Einfluß auf den Arbeitsmarkt, fast das ganze Jahr hindurch boten sich Bauarbeiter im Ueberfluß an.

Wenig befriedigend waren ferner die Verhältnisse in einigen anderen Saisonindustrien, so vor allem in den Bekleidungsgeräten. Die ungünstige Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt trat auch hier namentlich in den Großstädten in die Erscheinung.

So brachte also das Jahr 1908 für die großen Industrien Deutschlands einen teilweise recht erheblichen Rückgang; bemerkenswert und auch von Bedeutung für die Gestaltung des Arbeitsmarktes ist aber, wie im besonderen zahlenmäßig aus den Angaben der Betriebskronenfällen hervorgeht, daß dieser Rückgang nicht bloßlich, sondern ganz allmählich erfolgte und offenbar auch nicht einen solchen Umfang wie in früheren Niedergangsperioden annahm.

„Gelbe“ in Württemberg.

Wie ein böses Unkraut suchen die gelben Sumpfpflanzen immer weiteren Boden zu erobern. Jetzt machen durch die Presse einige Zirkulare die Kunde, die darauf hindeuten, daß man damit beschäftigt ist, auch in Württemberg, das von der Gelbsucht bisher noch frei war, solche gelben Gewerkschaften zu gründen. Die treibende Kraft ist der Verband der Metallindustriellen in Württemberg, der an seine Mitglieder zunächst ein vertrauliches Rundschreiben erlassen hat zwecks Gründung eines „Unterstützungsvereins“. Die Herren Metallindustriellen sollen zunächst einmal unter ihren Arbeitern und Arbeiterinnen Umfrage halten, wie sie sich zum Beitritt in einen solchen Verein stellen. Vorbedingung müßte sein, daß die betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen „weber einer mit einer Krankenheilst- oder Unterstützungs-kasse versehenen Arbeiterorganisation, noch einer sozialdemokratischen Arbeiterorganisation angehören, mag letztere eine solche Kasse besitzen oder nicht“.

Die „Vorteile“, welche den Arbeitern durch die Zugehörigkeit erwachsen, bestehen darin, daß sie bei notwendig werdenden Betriebs Einschränkungen und Arbeiterentlassungen erst nach dem Ausschleiß

den sämtlicher übriger Arbeiter entlassen werden. Auch soll, wenn ihre Entlassung notwendig wird, Umfrage gehalten werden, ob sie nicht anderswo Beschäftigung erhalten können. Im Falle einer Aussperrung sollen die Mitglieder des Unterstützungsvereins davon verschont bleiben, aber nur dann, wenn mit ihnen der Betrieb fortgeführt werden kann. Im anderen Falle fliegen auch sie auf die Strafe.

Es besteht kein Zweifel, daß es sich hier um eine „gelbe“ Gründung handelt. Wir müssen aber gestehen, daß die württembergischen Metallindustriellen recht kräftig sind. Denn das Linjengericht, das sie den Arbeitern für den Verzicht auf das Koalitionsrecht bieten, ist wirklich ein recht mageres. Da haben es sich andere Unternehmer denn doch etwas mehr kosten lassen. Offenbar verpricht man sich denn auch nicht allzu viel von der neuen Gründung und beabsichtigt deswegen nebenbei noch eine „Auskunftsstelle“ für unbotmäßige Arbeiter ins Leben zu rufen. Der Plan hierfür wird in einem anderen Rundschreiben klargestellt. Darin heißt es u. a.:

„Die Firma meldet der Stelle (Geschäftsstelle des Verbandes) wöchentlich auf besonderem, nach beiliegendem Muster auszufüllenden Formular alle entlassenen oder ausgetretenen Arbeiter unter möglichst genauer Angabe der Personalien, des letztgehobenen Stundenlohnes, sowie einer Note (gut, mittelmäßig, schlecht) für Berufseinstellung; außerdem sind solche Bemerkungen anzugeben, welche für spätere Arbeitgeber Interesse haben und für die Frage der Einstellung des Arbeiters von erheblichem Einfluß sind, zum Beispiel Trinker, Heber, Blausmacher und dergleichen...“

Da auf Grund dieser Listen von der Geschäftsstelle für jeden Arbeiter hergestellt und auf dem laufenden zu erhaltenden Personalakten bilden alsdann die Grundlage für die Anstufungskarte. Dies geschieht in der Weise, daß die Geschäftsstelle die von jeder Firma ebenfalls wöchentlich nach beiliegendem Muster einzureichenden Listen der meingehörten Arbeiter nach den Personalakten auf die Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben prüft, die Spalten rechts des letzten Striches ausfüllt und die Listen darauf der betreffenden Firma zurücksendet. Diese hat alsdann darüber zu entscheiden, ob sie einen Arbeiter behalten oder wieder entlassen will beziehungsweise muß. Im allgemeinen werden Leute, welche unrichtige Angaben über ihre Personalien, insbesondere über ihren bisherigen Beschäftigungsort gemacht haben, wieder zu entlassen sein; jedenfalls müssen Arbeiter, die von der Geschäftsstelle als „gesperrt“ bezeichnet werden, weil sie aus einem gesperrten oder bestrittenen Betrieb kommen, so bald als möglich wieder entlassen werden.“

Jeder Zusatz würde die Wirkung dieses Rundschreibens nur abschwächen, deshalb überlassen wir die Kritik ruhig dem Urteil unserer Leser. Ein Glück ist es, daß diese finsternen Pläne durch einen günstigen Zufall so früh das Licht der Öffentlichkeit erblickt haben, daß die Arbeiterschaft noch rechtzeitig dazu Stellung nehmen kann. Unsere Verhandlungsgeossen in Württemberg mögen auf dem Posten sein und durch Aufklärung und Belehrung rechtzeitig dafür sorgen, daß den Gelben der Boden entzogen wird. Das beste Mittel ist eine rührige und unermüdliche Agitation für die Deutschen Gewerksvereine.

Allgemeiner Rundschau.

Dienstag, den 2. Februar 1909.

Ein Allgemeiner Bergarbeiterkongress tagt seit Montag in Berlin. Vertreter sind der Alte Verband, der Gewerksverein der Bergarbeiter (S. D.) und die Polnische Berufsvereinigung. Die Christlichen haben, wie bereits gemeldet, die Beteiligung am Kongress abgelehnt. Veranlassung zu dieser Veranstaaltung hat in letzter Linie das sürchtliche Grubenunglück auf Zsche Radob“ gegeben. Die am Kongress beteiligten Organisationen wollen den Eindruck, den jenes erschütternd Unglück hervorgerufen hat, auszunutzen versuchen zur Erreichung derjenigen Forderungen, in denen nahezu alle Bergarbeiter übereinstimmen. Diese Forderungen sind die Einführung von Grubenkontrolluren, welche von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate bezahlt werden. Das Referat über diesen Punkt hat F. Polorny vom Alten Verbands übernommen. Die Forderung eines Reichsberggesetzes mit besonderer Beachtung des Bergarbeitergesetzes und Regelung des Strafwesens, Einführung der achtstündigen Schichtzeit und der einheitlichen Reform des Knappschaftswesens, wird Kollege F. Schmidt-Dobrowan von unserm Gewerksverein vertreten. Das dritte Referat, das ein Verbot und Bestrafung der schwarzen Listenysteme und der dauernden Sperren fordert, ist A. Soszynski von der Polnischen Berufsvereinigung übertrag. Zu den einzelnen Referaten liegen ausführliche Resolutionen vor, die wir in der nächsten Nummer mit

einem kurzen Bericht über den Kongress veröffentlichen werden.

Als Vertreter ihrer Parteien sind Abgeordnete der beiden freisinnigen Fraktionen, der Sozialdemokratie und der Nationalliberalen anwesend.

Wir wünschen dem Kongress einen guten Verlauf und hoffen, daß die von ihm vertretenen, durchaus berechtigten Forderungen der Bergarbeiter recht bald verwirklicht werden.

Das Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen und Jugendliche hat in der Form, wie es von der Reichstagskommission beschlossen worden ist, in der arbeiterfreundlichen Presse eine scharfe Kritik erfahren. Man hat mit Recht gesagt, daß die gewählte Fassung die Umgehung des Gesetzes überaus leicht macht. Die Aufsichtsbehörde habe gar nicht die Mittel zu kontrollieren, ob durch Dritte den Arbeiterinnen und Jugendlichen Arbeit mit nach Hause gegeben wird. Wie berechtigt diese Kritik war, zeigt ein Bericht, den der „Vogtländische Anzeiger“ in Plauen über eine Versammlung des Fabrikantenvereins der vogtländischen Spitzenindustrie bringt. Dasselbst hielt ein Gewerberichter M., der gleichzeitig Geschäftsführer des Fabrikantenvereins ist, einen Vortrag über das Verbot der Mitgabe von Hausarbeit und führte dabei u. a. folgendes aus:

„Was den praktischen Wert der Vorschriften anlangt, so liegen sich diese mit Leichtigkeit umgehen, indem die Arbeiterinnen sich Arbeit durch dritte Hände holen lassen und alles bliebe beim Alten.“

Wir glauben nicht, daß der Vortragende mit diesen Worten seine Zuhörer auffordern wollte, das Gesetz in der geschilderten Weise zu umgehen, — für einen Gewerberichter wäre das denn doch ein zu starkes Stück —; zu befürchten ist aber, daß diese Wirkung bei den zuhörenden Fabrikanten erzielt worden ist. Auch dieser Vortrag zeigt von neuem, daß, wenn man auf diesem Gebiete etwas Gründliches leisten will, man die Mitgabe von Arbeit nach Hause an Arbeiterinnen, die in der Fabrik tätig sind, überhaupt verbieten muß.

Ein starkes Stück. In verschiedenen Tageszeitungen lesen wir, daß der Magistrat von Spandau sich für den Bau einiger Brücken über die im Stadtwalde liegende Kuhlake dadurch billige Arbeitskräfte zu verschaffen bemüht habe, daß das Kommando des Spandauer Pionier-Bataillons sich erboten habe, den Bau der Brücken durch seine Mannschaften ausführen zu lassen, wenn die Stadt für jeden Soldaten pro Tag 50 Pfennig Erfrischungsgeld und 70 Mark für den Transport des Handwerkszeugs zahle. Die Stadtverordneten sollen ohne Debatte die Vorlage genehmigt haben; nicht einmal die sozialdemokratischen Stadtverordneten hätten dagegen gesprochen.

Die Mitteilung klingt so unangehörlich, daß wir zunächst noch an ihrer Richtigkeit zweifeln möchten. Verdiente ein solcher Vorfall schon in einer guten Geschäftszeit strengere Kritik, so kann kein Ausdruck dafür scharf genug sein in einer Periode wirtschaftlichen Niedergangs, in der Tausende von Arbeitern beschäftigungslos und hungrig auf der Straße liegen. Sollte sich die Nachricht bewahrheiten, so müßte, da sich in den städtischen Kollegien Spandaus dagegen kein Widerspruch erhoben hat, wenigstens mit dem preußischen Kriegsminister einmüßig Fraktur geredet werden, der derartige Vorkommnisse unbedingt verhindern muß.

Arbeiterbewegung. Die Steinseher in Hamburg und Umgebung sind in eine Tarifbewegung eingetreten. Sie beabsichtigen den laufenden Tarif zu kündigen und den Steinhewerern einen neuen zu unterbreiten, der höhere Löhne, eine Regelung der Arbeitszeit und des Ueberstundenwesens, gezielte sanitäre Verbesserungen, einen paritätischen Arbeitsnachweis und zur Beilegung von Streitigkeiten eine Schlichtungskommission fordert. — In München erstreben die Fleischergeosellen den Abschluß eines Tarifvertrages, der von einzelnen Firmen zugestanden worden ist, von der Mehrzahl der Meister aber abgelehnt wird. Die Geosellen haben daher beschlossen, in den Streik zu treten. — Wegen Verweigerung von Ueberzahlungen mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit ist auf den Forderungen „Krone“ und „Felicitas“ bei Dortmund 25 Bergarbeiter entlassen worden. Die übrigen protestierten gegen dieses Vorgehen, morali weitere Kündigungen ersolaten. Die Situation ist eine sehr gespannte. — In Königsberg i. Pr. wollen die im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter mit Forderungen an die Arbeitgeber herantreten. — In Ludwigshafen wurden den Zimmerern wesentliche Lohnreduktionen zugemutet, die sie nicht gefallen lassen wollten. Darauf haben die Zimmermeister eine allgemeine Aussperrung vorgenommen.

Gewerbereins-Zeil.

§ Döbeln. In Nummer 2 des „Proletarier“, des Organs des sozialdemokratischen Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, wird ein Bericht aus Döbeln veröffentlicht, der nichts anderes bezeugt als eine Verleumdung unserer hiesigen Organisation. Der Bericht beschäftigt sich mit einer Beschädigung der hiesigen Zuckerfabrik durch unsern Ortsverband, an der 150 Personen teilnahmen, die der Kollegenschaft der Zuckerfabrik großmütig eine Geldsammlung von 52 Pfg. zugebracht haben sollten. Diese letzte Bemerkung ist natürlich Schwundel. In Wirklichkeit verhält sich die Sache anders. Die Direktion der Zuckerfabrik hatte, da eine starke Beteiligung gemeldet war, in zuvorkommender Weise drei Führer gestellt, an welche das Ergebnis einer von der Leitung des Ortsverbandes vorgenommenen Geldsammlung im Betrage von 8,60 Mk gezahlt wurde. Was die drei Herren mit dem Gelde angfangen haben, geht uns nichts an. Nun hätte aber ein Arbeiter mit der Mütze in der Hand an seiner Arbeitstelle unsere Leute mit ein Almosen angebettelt, angeblich weil kein Verdienst ein geringer sei. Da das von diesem Arbeiter erbetelte Geld 52 Pfg. betrug, können wir natürlich nicht sagen, denn wir hatten keine Kontrolle darüber. Bedauerlich ist es nur, daß sich ein Arbeiter zu einer derartigen Handlungswiese hergibt. Bierz Wochen nach der Beschädigung wurde das erbetelte Geld im Betrage von 52 Pfg. an uns gefandt mit der Bemerkung, die Arbeiter der Zuckerfabrik verzögern darauf. Natürlich erfolgte die Zuführung anonymer. Da wir jedoch keinen Anspruch auf dieses Geld haben, namentlich da an der Beschädigung auch eine Anzahl „freier“ Gewerkschaftler teilgenommen hatte, welche schließlich auch zu den fraglichen 52 Pfg. mitgeliefert haben, schickten wir das Geld mit einem Begleitschreiben an die Redaktion des „Proletarier“ ein mit dem Ersuchen, den Betrag dem Berichterstatter aus Döbeln zuzuwenden, damit er wenigstens etwas für seine Bemühungen hat. Man sieht daraus, mit welchen Mitteln die Gegner gegen uns arbeiten; der Zweck liegt klar auf der Hand. Man will auf jener Seite die eigenen Mitglieder von der Zerrissenheit und Zerfahrenheit im hiesigen Gewerkschaftsloger ablenken; dazu wählt man das Mittel, daß man sich an den Gewerkscheinern rührt. Nun, helfen wird es nicht. Die Sitzung unseres Ortsverbandes wird schon auf dem Posten sein, um die Verleumdungen und Behauptungen von jener Seite in die richtige Beleuchtung zu rücken.

Ray Riedel, Ortsverbandvorsitzender.

§ Profen. Die Generalversammlung des Gewerbevereins der Deutschen Stein- und Eisarbeiter fand am 17. Januar statt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten verlas der Schriftführer den Jahresbericht, der einen interessanten Lebensbild über die letzten Ereignisse gab. Nach dem Bericht zählte der Verein am Anfang des Jahres 1908 112, am Ende des Jahres 139 Mitglieder. Mit Recht konnte deswegen der Vorsitzende darauf hinweisen, daß dies ein erfreulicher Erfolg sei, wenn man bedenkt, daß die anderen Organisationen durchweg starke Mitgliederverluste zu verzeichnen hatten. Dieser Erfolg muß allem Kollegen ein Ansporn sein, auch im neuen Jahre in vollstem Maße ihre Schuldigkeit zu tun und von allen Dingen dafür zu sorgen, daß die Versammlungen des Vereins gut besucht sind. Ferner ist es Pflicht jedes Kollegen, im neuen

Jahre wenigstens ein neues Mitglied für unsere Sache zu gewinnen. Öffentlich sind diese Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen. Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildete der Bericht der Stabskommission. Derselbe schlug vor, gemäß den eingegangenen Anträgen, den Beschluß der ärztlichen Untersuchung auf weitere 3 Jahre zu bewilligen und die Altersgrenze von 45 auf 50 Jahre heraufzusetzen. Gegen den letzten Antrag machte Kollege Wächter lebhafteste Bedenken geltend; trotzdem wurde auch diese Aenderung angenommen. Beschlossen wurde weiter, die Generalversammlungen künftig nicht mehr im Januar, sondern erst im April abzuhalten. Über den Ort der einzelnen Vereinsversammlungen soll in jeder Sitzung abgestimmt werden. Die nächste Versammlung wird in Gemeinlich abgehalten. Nachdem noch weitere interne Vereinsangelegenheiten erledigt und beschlossen worden war, ein Wintervergügen in Form eines Maskenballes am 14. Februar in Profen abzuhalten, ergriß der Vorsitzende noch einmal das Wort, um die Anwesenden eindringlich an ihre Gewerkschaftspflichten zu erinnern. Wenn sie mit irgend welchen Maßnahmen des Vorstands nicht einverstanden seien, so sollten sie ihre Beschwerden in der Diskussion in sachlicher Form zum Ausdruck bringen; dann würde immer ein gutes Einvernehmen herrschen und ein geselliges Zusammenarbeiten von Vorstand und Mitglieder schaft möglich sein. Und nun auf, zu neuer Arbeit! Jeder setze seinen Stolz daran, neue Mitglieder zu gewinnen, jeder vertrete unsere Interessen zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit. Vortragsleitend muß unsere Parole sein, zum Heile unserer Organisation und der gesamten Arbeiter-schaft. Tsch.

Verbands-Zeil.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.).

Verbandsklub der Deutschen Gewerksvereine, N.O., Greifswalderstr. 221/223 Mittwoch, 3. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Vortrag des Kollegen Edwin über: „Die Frauenfrage“. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerksvereins-Liederabend (S.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Liedungsstunde im Verbandsklub der Deutschen Gewerksvereine (Güter Saal). Gäste sind herzlich willkommen. — **Distriktsklub Moabit.** Sitzung jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Radau, Waldstr. 58. Freitag, 5. Februar, Vortrag: „Zeitgemäße Betrachtungen aus der Vergangenheit der Gewerksvereins- und Bodenreformbewegung“. Referent Herr Rudolf Wolter. Gäste herzlich willkommen. — **Sachwissenschaftlicher Distriktsklub Berlin.** Büdlerstr. 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. — **Kaufleute IV.** Mittwoch, 3. Februar, abends 9 Uhr, im Verbandsklub, Greifswalderstr. 221/223, Mitgliederversammlung. T.-D.: 1. Anträge zum Beiratsfest, 2. Wahl der Delegierten zum Beiratsfest und der Stabsdirektoren, 3. Revisionsbericht, 4. Geschäftsbericht. — **Sonabend, 6. Februar.** Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr bei Meldert, Bergstr. 69, Versammlung mit Damen. Redaktion des Herrn R. Schröder. Maschinenbau- und Metallarbeiter IV. Abends 8 1/2 Uhr bei Thiem, Büchstr. 61. T.-D.: Protokoll. Vortrag des Verbandsleiters Herrn

Rußelt über: „Ursachen und Wirkungen wirtschaftlicher Krisen“. Wirtschaftsgesellschaften. Verschiedenes. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Trantow, Schönhauser Allee 65. Vortrag des Herrn Gymnasialdirektor Wetkamp über: „Naturdenkmäler“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr bei Radau, Waldstr. 58, Versammlung mit Damen. Vortrag des Lehrers Herrn D. Drewin. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter X.** Abends 8 1/2 Uhr bei Rehsfeld, Mustauerstr. 51. Vortrag des Kollegen Weigt über: „Die Bestrebungen und Einrichtungen unserer Organisation und ihr kultureller Wert“. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter II.** Sonntag, 7. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr. T.-D.: 1. Mitteilungen. 2. Jahresberichte. 3. Verschiedenes.

Leipzig. Deutsche Handelshilfsarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Keller“, Lindenau, Sägenerstraße, statt.

Orts- und Bezirksverbände.

Herrn (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag, im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im lokale des Herrn Witz Schulte-Mattler, Distriktsklub. — **Hagen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub bei Leichter, Ecke Hansemannplatz u. Jülicherstr. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., im Süttmanns Hotel, Voßstr., Distriktsklub. **Dresden (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerstr. Weber-gasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Hagen a. M. (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr. Ecke. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Unter Kolping“, Eiferstraße. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Pactow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei P. Eisenburger, Wanheimerstraße. — **Waldheim-Nahe (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Wirt Joh. Müller, Sandstraße 88. — **Cottbus (Distriktsklub)** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Vertretersitzung. — **Leipzig (Gewerksvereins-Liederabend).** Die Liedungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinsklub „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Lützenfeld (Ortsverband).** Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Distriktsklub im lokale des Herrn Heinger. — **Weißensee a. G. (Verbandsabteilung der Gewerksvereine).** Liedungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 - 11 Uhr im Vereinsklub „Schweizerhaus“, Schäfersstr. 8. — **Hannover-Linden a. M. (Ortsverband).** Sonntag, 7. Februar, morgens 9 1/2 Uhr, Ausflugsitzung in der Königsorth, Bühlstraße 12. Am nächsten Sonntag sämtliche Vertreter wird ersucht. — **Olbeburg i. Gr. (Ortsverband).** Sonntag, 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, Ortsverbandversammlung bei Becke, mehr zu Donnerstages. Anschließend Versammlung der Bezirksabteilung.

Anzeigen-Zeil.

Inserte werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Jahres-Abschluß der Frauen-Beiratskasse des Verbandes pro 1908.

Einnahme	K		Ausgabe	K	
	1	2		1	2
An Vortrag	310	48	Per Beiratsgeld	1820	
Beiträge	5602	81	Entschädigungen:	154	82
Eintrittsgeld	49	—	Vertrauensmänner	67	50
Kauflohn	8	20	Vorstandsbeitrag	40	65
Zinsen	2919	95	Hauptvereine	650	—
			Kassenverwaltung	1	70
			Kaiserlich. Aufsichtsrat	15	—
			Protokoll-Generalsekr.	215	50
			Inserte u. Druckfachen	8	87
			Zurückgezahlte Kautions	8957	—
			Gekaufte Wertpapiere	21	70
			Zinsenentschädigung	4	80
			Courtae und Stempel	58	50
			Depot-Gebühren	221	30
			Porto und Abtrag	15	58
			Kassenbestand	15	58
				8785	44

Gesamtvermögen	Reinwert		Rückwert	
	K	J	K	J
3 1/2 % Berliner Stadt-Anleihe	25900	—	24294	20
3 % Deutsche Reichs-Anleihe	68500	—	54119	50
4 % Charlottenburger Stadt-Anleihe	4000	—	4048	—
Kassenbestand	1558	60	1558	60
	94958	60	84320	30

Mitgliederzahl: 1692.
Berlin, den 1. Januar 1909.
R. Klein, Hauptkassierer.
Geprüft: Berlin, den 29. Januar 1909.
Die Hauptvereine: Rudolf Rengel, Paul Gentel, S. Scharff.

Fidelitas.

Zeitschrift, enth. Lustspiele, Soloszenen, Complots (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monat. 1 Hft. Halbjahr. 2 Mk. Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk. C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 Bg.

Weißensee (Ortsverband). Durchreisende arbeitlose Kollegen erhalten Unterstützungskarten bei Ernst Fischer, Leipzigstraße 28, Schuhmacher u. Lederarbeiter bei Herrmann Koch, Georgenbergr. 1.

Jauer (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterstützungskarte bei Hermann P. Kobelt, Hospitalplatz 6.

Neckermünde und Umgegend (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten Unterstützungskarten bei Otto Ganschow, Udemünde, Wallstr. 12 und B. d. H. e, Forstow, Wagenbruchstr. 5.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat“ freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen Heugel in Stelzners Kohlenhandlung, Zwingerstraße, zu entnehmen.

Gera, R. J. E. (Ortsverband). Durchreisende Gewerksvereinskollegen erhalten 50 Pfg. Beiratsunterstützung bei Hermann Schneider, Böttcher-gasse 5.

Göppingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten Nachtquartier und Verpflegung. Karten sind zu haben bei S. Stäbler, Bahnhofstr. 18.

Der Gewerkverein Jahrgang 1908

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsgenossen und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einseendung des Betrages.
N.B. Frühere Jahrgänge werden zu demselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer
R. Klein,
Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/23.

Nur 87 Pfg. pro Quartal

folgt die beliebte, gutredigierte Wochenschrift für
Sozialpolitik und nationale Kultur,
der in Magdeburg wöchentlich einmal erscheinende
„Mitteldeutsche Kurier“

mit seiner 8 seitigen Gratis-Unterhaltungsbeilage.
Probenummer gratis durch den Verlag.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten, Landbriefträger sowie der Verlag, Magdeburg, Katharinenstr. 2/3, entgegen.

Kreisau (Ortsverb.). Durchreis. Genossen erhalten 50 Pfg. bei Aug. E. W. u. S. H., Badenstr. 20.

Greifswald (Ortsverb.). Herb. zur Heimat, Weststr. 2/3, Karten bei Reimer, Friedrichstraße 26.